

beitslosenquote (städtische Beschäftigte) mit 2,3% (1992) angegeben, doch soll sich die Arbeitslosenzahl bis Ende Juni d.J. um 9,1% auf 3,6 Mio. erhöht haben. Eine Verschlechterung der Beschäftigungssituation wird vor allem als Folge der wirtschaftspolitischen Abbremsmanöver mit Verknappung der Geldmenge und stärkerer Kontrolle über den Bau- und Immobilienmarkt erwartet.

Die Zahl der Arbeiter und Angestellten in den Städten wird für Ende Mai mit 146,77 Mio. angegeben, ein Rückgang um 1,145 Mio. seit Anfang d.J. Die staatlichen Betriebe reduzierten ihre Beschäftigtenzahl um 733.000 auf 108,159 Mio. Von der Gesamtzahl der hier Beschäftigten haben 74,646 Mio. (-964.000) Arbeiter und Angestellte eine feste Anstellung, 21,161 Mio. (+576.000) sind über Arbeitsverträge eingestellt und der Rest sind Zeitarbeiter.

Auch die kollektiveigenen Unternehmen reduzierten ihre Beschäftigtenzahl. Seit Anfang des Jahres bis Ende Mai ging die Beschäftigtenzahl um 345.000 Personen auf 12,349 Mio. zurück. Dagegen erhöhten die Unternehmen mit Auslandskapital sowie die privaten Unternehmen ihre Beschäftigtenzahl um 210.000 Personen, so daß hier der Beschäftigtenstand Ende Mai 3,028 Mio. betrug.

Die Lohnsumme in den ersten fünf Monaten d.J. erhöhte sich um 20,3% im Vergleich zur Vorjahresperiode und machte 165,99 Mrd. Yuan aus. Der Anteil der von staatlichen Unternehmen gezahlten Löhne betrug 130,1 Mrd. Yuan (+20,5%), der kollektiveigenen Unternehmen 30,88 Mrd. Yuan (+15%) und der privaten Unternehmen und Unternehmen mit Auslandskapital 5,11 Mrd. Yuan (+56,7%).

Vor dem Hintergrund eines erwarteten Anstiegs der Arbeitslosigkeit wird vom Arbeitsministerium die Schaffung neuer Arbeitsplätze als dringliche Aufgabe angesehen. Vorgesehen sind beispielsweise Anreize für Unternehmen, die Arbeitsplätze bereitstellen; so sollen diesen beispielsweise Erleichterungen beim Zugang zu staatlichen Krediten sowie Steuerreduzierung oder -befreiung eingeräumt werden. Außerdem soll ein nationaler Arbeitslosen-Versicherungsfonds in den nächsten zwei Jahren gegründet werden. Bisher soll

sich die Zahl der städtischen Beschäftigten, die in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen wurden, auf rund 74 Mio. Personen belaufen. (XNA, 29.7.93) -schü-

*(32)

NE-Industrie plant drastischen Beschäftigungsabbau

Innerhalb der kommenden sieben Jahre will die NE-Metallindustrie die derzeitige Beschäftigtenzahl von 1,01 Mio. um rund ein Drittel reduzieren, um die Produktivität zu erhöhen und die Kosten zu senken.

Nach Angaben von Fei Ziwen, Präsident der China National Nonferrous Metals Industry Corporation (CNNC), behindere die zu hohe Beschäftigtenzahl die Entwicklung der NE-Industrie. Im Vergleich zu ausländischen Unternehmen weise die NE-Industrie nur ein Zentel der Produktivität auf.

Die freigesetzten Arbeitskräfte sollen in Dienstleistungsunternehmen und in anderen gewinnversprechenden Betrieben beschäftigt werden, die von den Tochtergesellschaften der CNNC als kollektiveigene Unternehmen gegründet werden. Überschüssige Arbeitskräfte sollen auch dazu ermutigt werden, sich als Selbständige niederzulassen.

Fei Ziwen weist darauf hin, daß der Arbeitsplatzabbau zunächst in einigen Unternehmen der CNNC versuchsweise durchgeführt und dann auf die übrigen Unternehmen schrittweise ausgedehnt werden soll.

Für das erste Halbjahr 1993 meldet die CNNC neben der Ausweitung der Produktion auch eine Steigerung des Verkaufsumsatzes und des Gewinns vor Steuern. Der Output an NE-Metallen erhöhte sich um 8,5% (1,5 Mio.t), der Umsatz um 24% (16,91 Mrd. Yuan) und der Gewinn vor Steuern um 35,62% (2,05 Mrd. Yuan). Der Verluste der Unternehmen sanken gleichzeitig um 36,02 Mrd. Yuan. (Keine Angaben über Gesamthöhe der Verluste.) (CD, 12.7.93) Die Verbesserung der Gewinnsituation kann wohl auch auf die Freigabe der Preise für die zehn wichtigsten NE-Metallsorten zurückgeführt werden. -schü-

*(33)

Regierungsverwaltungen sollen Beschäftigtenzahlen reduzieren

Einen Abbau der Beschäftigung um 25% bis 1995 nannte Staatsratskommissar Luo Gan als Ziel für die Lokalregierungen im Rahmen des Anfang d.J. begonnenen Programms zur Umstrukturierung der Regierungsverwaltungen. Auf der Ebene der Zentralverwaltung soll die Reduzierung der Beschäftigten bis Ende Dezember d.J. erreicht werden.

Innerhalb der kommenden drei Jahre sollen die Provinz- und Kreisregierungen rund 2 Mio. Beschäftigte entlassen. Luo Gan zufolge könnten manche Regierungsverwaltungen versucht sein, die ihnen zugewiesene Quote dadurch zu umgehen, daß sie bestimmte Verwaltungsabteilungen in Unternehmen mit administrativen Aufgabenstellungen umwandelten. Diese Praxis sollte streng unterbunden werden. Überschüssige Arbeitskräfte der Regierungsverwaltungen sollten vielmehr versuchen, in der Industrie und im Dienstleistungssektor eine neue Beschäftigung zu finden. (CD, 22.7.93) -schü-

Taiwan

*(34)

Fluktuation in der militärischen Führung

Das Personalkarussell der militärischen Führung hat sich im Berichtsmonat wieder einmal gedreht. General Li Zhenglin (Li Cheng-lin, 60) löste General Chen Tingchong (Ch'en T'ing-ch'ung, 62) als Oberbefehlshaber des Heeres ab und General Wang Wenxie (Wang Wen-hsieh, 61) übernahm das Oberkommando der Logistik von General Luo Benli (Lo Pen-li, 64). Chen wurde zum privaten Militärberater des Präsidenten - ein Amt ohne großen Einfluß - ernannt. Luo erhielt den Posten des stellvertretenden Generalstabschefs (LHB, 3. und 28.7.93)

Politischen Beobachtern zufolge hat Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) durch die erneute Personalfuktuation

den Einfluß von Hao Bocun (Hau Pei-tsun) in den Streitkräften weiter abgebaut. Hao, der 1981-1989 Generalstabschef, 1989-1990 Verteidigungsminister und von 1990 bis Februar d.J. Ministerpräsident war, gilt zur Zeit als ein starker Rivale Lis in der Regierungspartei KMT (Kuomintang, Guomindang). General Chen Tingchong und der abgelöste stellvertretende Generalstabschef General Huang Xingqiang (Huang Hsing-ch'iang) zählen zu den Vertrauten von Hao. Nach ihrem Kaltstellung gibt es kaum noch Anhänger der sogenannten "Hao-Clique" im Kern der militärischen Führung. (ZZ, 9.7.93; XXW, 4.-10.7.93) Zufällig oder nicht zufällig wurden die neuen Ernennungen der Generäle am 2. Juli bekanntgegeben, als Hao gerade auf einer USA-Reise war.

Veränderung gibt es auch in der Führung des Geheimdienstes. Song Xinlian (Sung Hsin-lien) trat von seinem Amt als Direktor des Büros für Nationale Sicherheit zurück. Zu seinem Nachfolger wurde am 27. Juli General Yin Zongwen (Yin Tsung-wen, 61) ernannt. (ZYRB, 29.7.93) Nach dieser neuen Fluktuationswelle sind fast alle Schlüsselpositionen in der Regierung und der Regierungspartei mit Vertrauten des Staatspräsidenten und KMT-Vorsitzenden Li oder von ihm persönlich geförderten Leuten besetzt. -ni-

*(35)

Wachstum verlangsamt

Nach offiziellen Angaben des CEPD (Council for Economic Planning and Development) vom 27. Juli verlangsamt sich Taiwans Wirtschaftswachstum deutlich. In den drei Monaten des zweiten Quartals d.J. habe das Warnsystem für Konjunkturgegenmaßnahmen ununterbrochen die Farbstufen "gelb-blau" signalisiert, also das Anzeichen für "Rezession".

Die allgemeine Note zur Bewertung der Konjunkturentwicklung sei im Juni mit 17 Punkten auf einen Tiefststand seit zwei Jahren gesunken, d.h. nur einen Punkt über der Grenze zur Rezession oder der "blauen Zone". Das "gelb-blaue" Signal des vom CEPD aufgestellten Warnsystems kennzeichnet beim Wirtschaftswachstum eine Bandbreite von 4,5 bis 6%. Im ersten Quartal d.J. hatte das Bruttosozialprodukt (BSP) eine reale Zuwachsrate

von 6,22% (im entsprechenden Vorjahreszeitraum: 6,9%) zu verzeichnen. Für das zweite Quartal hatte das DGBAS (Directorate General of Budget, Accounting and Statistics) zuletzt im Mai ein Wachstum von 5,88% erwartet, was nun nicht zu erreichen ist. Damit lag das Wachstum im ersten Halbjahr so gut wie sicher unter 6%. Die bereits von 6,6% auf 6,33% gesenkte Voraussage der Jahreszuwachsrate für 1993 muß wahrscheinlich nochmals nach unten korrigiert werden.

Einer Untersuchung des CEPD zufolge ist die Zahl der Unternehmen, nach deren Meinung die Konjunkturentwicklung sich verschlechtert hat, von 21% im Juni auf 23% im Juli gestiegen. Zugleich sank der durchschnittliche Unternehmensgewinn im Juni auf 5,6% von 6,1% vor einem Jahr. (LHB, 28.7.93) Infolge der ungünstigen Trends will das CEPD als Zielvorgabe der durchschnittlichen Jahreszuwachsrate für die kommenden drei Jahre (1994-1996) die im Sechsjahresplan (1991-1996) vorgesehenen 7% auf 6,2% herabsetzen. (LHB, 6.7.93)

In den ersten sechs Monaten d.J. nahmen die Exporte Taiwans nach Angaben des Außenhandelsamtes mit 41.918 Mio. US\$ beim Jahresvergleich um 5% zu. Aber da die Importe mit 38.593 Mio. US\$ um 11,3% stiegen, fiel der Handelsüberschuß drastisch um 36,7% auf 3.325 Mio. US\$. (LHB, 30.7.93)

Der Aktivsaldo stützt sich hauptsächlich auf den "indirekten" Warenaustausch mit dem chinesischen Festland. Den Statistiken des Hongkonger Zollamtes zufolge hat Taiwan vom Januar bis Mai d.J. über die britische Kolonie Waren im Wert von rd. 2.900 Mio. US\$ nach und rd. 400 Mio. US\$ aus dem Festland ex- bzw. importiert (+28% bzw. -6% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum). Damit ergab sich allein hier ein Überschuß von 2.500 Mio. US\$ für Taiwan. (LHB, 27.7.93)

Im ersten Halbjahr wurden von der Regierung ausländische Investitionen in Höhe von 428 Mio. US\$ genehmigt, 24% weniger als im Vorjahreszeitraum mit 562 Mio. US\$. Auf der anderen Seite stiegen im gleichen Zeitraum die von der Regierung genehmigten taiwanesischen Auslandsinvestitionen um

3% auf 566 Mio. US\$. Ferner wurden noch 667 Mio. US\$ von taiwanesischen Unternehmen auf dem chinesischen Festland investiert. (AWSJ, 13.7.93) Nach Berichten von offiziellen Presseagenturen in Beijing hatten die taiwanesischen Investitionen auf dem Festland im ersten Halbjahr 1993 einen 5,7fachen Zuwachs zu verzeichnen. (LHB, 27.7.93) Um den Standort Taiwan zu sichern, hat CEPD jetzt ein neues Programm zur Förderung des heimischen Verarbeitungssektors bzw. vermehrten Investitionen ausgearbeitet. Das Programm enthält die allgemeine Zusage von Finanzhilfen für größere und mittelgroße Firmen der verarbeitenden Industrie im Umfang von umgerechnet 1,5 Mrd. US\$. Insbesondere für technologisch qualifizierte Investitionen soll ein Fonds in Höhe von 0,75 Mrd. \$ geschaffen werden, aus dem die Unternehmen Fördermittel erhalten können.

Weitere Ankündigungen betreffen die baldige Überprüfung der Vorschriften für die Nutzung von Grund und Boden in Taiwan, eine mögliche Revision der zurückhaltenden Anwerbspolitik von ausländischen Arbeitnehmern unter dem Blickwinkel des bestehenden Arbeitskräftemangels und verstärkte Bemühungen zur Verbesserung der betrieblichen Arbeitsbedingungen auf der Insel.

Ziel des CEPD-Programms ist generell die Weiterentwicklung der taiwanesischen Volkswirtschaft zu einem regionalen Zentrum für Verarbeitung, Transport, Kommunikation und Forschung. Als Teil der Beschlüsse wurde deshalb auch die Absicht kundgetan, mittelfristig an Taiwans Westküste ein Freihandelsgebiet einzurichten. (NfA, 7.7.93) -ni-

*(36)

Budget für den Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahn vom Parlament gestrichen

Der Legislativ Yuan (Parlament) hat am 16. Juli überraschend die von der Regierung vorgeschlagenen 2. Teilausgaben zum Bau einer Hochgeschwindigkeitseisenbahn zwischen der Hauptstadt Taipei im Norden und der Hafenstadt Kaohsiung (Gaoxiong) im Süden Taiwans für die zwei Finanzjahre 1994 und 1995 (Juli-Juni) in Höhe von insgesamt 94,46 Mrd. NT\$ (rd. 3,6

Mrd. US\$) gestrichen. (LHB und CP, 17.7.93) Das Bauprojekt für die 345 km lange Strecke sollte nach dem ursprünglichen Plan bis spätestens 1999 beendet werden und insgesamt 426 Mrd. NT\$ (16,4 Mrd. US\$) kosten. Im Hinblick auf die angespannte Finanzlage will die Regierung die Baufrist bis zum Jahr 2003 verlängern. Einschließlich der Zinsbelastung dürften sich die Baukosten schätzungsweise auf 7.000 - 8.000 Mrd. NT\$ oder noch mehr erhöhen. Daraufhin machte der Abgeordnete Wang Jianxuan (Wang Chien-shien), der früher Finanzminister gewesen war, den Vorschlag, privaten Investoren das Bauvorhaben zu überlassen. Bei der Abstimmung über diesen Vorschlag waren 49 Abgeordnete für und 48 dagegen. Die Fraktionsführer der Regierungspartei KMT (Kuomintang, Guomindang) forderten jedoch eine Wiederholung der Abstimmung und mobilisierten eiligst weitere Abgeordnete der eigenen Partei zur Stimmabgabe. Bei der zweiten Abstimmung waren 53 der 108 anwesenden Abgeordneten für und 54 gegen den Vorschlag von Wang. Zwar lag diesmal das Kontra mit einer Stimme mehr vor dem Pro, doch es wurde nicht die erforderliche Mehrheit von über der Hälfte der Anwesenden erreicht. Daher mußte eine dritte Abstimmung abgehalten werden. Wang erläuterte nochmals seinen Vorschlag und betonte, daß er das Bauvorhaben nicht ablehne, sondern eine private Finanzierung befürworte. Dies überzeugte offenbar wieder einige Abgeordnete, denn die Stimmen für seinen Vorschlag stiegen bei der dritten Abstimmung auf 58, während die Gegenstimmen auf 49 sanken. Damit war die Streichung der Investitionsausgaben der Regierung für die Hochgeschwindigkeitsbahn beschlossen.

Sowohl politisch als auch wirtschaftlich gilt der parlamentarische Beschluß als eine große Sensation. Die Anhänger der sogenannten "Nichthauptströmung" der Regierungspartei, zu denen auch Wang zählt, haben zum zweitenmal zusammen mit der Opposition DPP (Democratic Progressive Party) gemeinsam im Parlament gegen die Regierungspolitik gestimmt - im Juni war auf gleiche Weise gegen den Willen der Regierung ein "Sonnenschein-Gesetz" gegen Korruption verabschiedet worden (siehe dazu C.a., Juni 1993, Ü 34, S.564). Die Spaltung der KMT ist also deutlicher denn je. Wirtschaft-

lich bildet das Hochgeschwindigkeitsbahn-Bauprojekt einen wichtigen Teil des laufenden Sechsjahresplans für den nationalen Aufbau (1991-1996). Um den Auftrag bewerben sich Konsortien aus Deutschland, Frankreich und Japan. In den vergangenen zwei Finanzjahren waren vom Legislativ Yuan für die Planung und Vorbereitungsarbeiten bereits 2,65 Mrd. NT\$ gebilligt worden. Bei den gestrichenen Ausgaben handelt es sich um Gelder für die Landbeschaffung.

Da die privaten Unternehmen bislang kein Interesse an den gigantischen und langfristigen Investitionen gezeigt haben, will die Regierung das Bauvorhaben nicht aufgeben. Sie wird den Gesetzgebungs Yuan nach der Sommerpause veranlassen, darüber nochmals abzustimmen. Wie dies eingeleitet wird, ist noch nicht entschieden, und ob das Parlament seinen Beschluß wieder korrigieren wird, gilt ebenfalls als unsicher. Abgesehen von den Finanzproblemen bezweifeln viele Experten auch die Notwendigkeit einer Hochgeschwindigkeitsbahn, die eine neue Trasse brauche. Sie weicht von zahlreichen Großstädten ab und würde für die Gesamtstrecke im Vergleich zur bestehenden Linie zwischen Taipei und Kaohsiung nur 90 Minuten einsparen. (LHB, 21., 22.7.93)

Nicht nur das Eisenbahnprojekt, auch andere Vorhaben des Nationalen Sechsjahresplans werden zeitlich gestreckt oder vorläufig nicht durchgeführt. Dies ist das Ergebnis einer Sichtung und Bewertung durch den Council for Economic Planning and Development (CEPD), die oberste Planungsbehörde Taiwans.

Der CEPD legte kürzlich einen Zwischenbericht zum Stand des Sechsjahresplans vor. Von den zu Beginn am 1.7.91 vorgesehenen 775 Projekten bleiben 634 übrig. Das finanzielle Gesamtvolumen wird von rd. 8,3 Billionen NT\$ auf 6,5 Billionen NT\$ reduziert. Inzwischen ist sogar nur noch von Ausgaben in Höhe von 5 Billionen NT\$ die Rede, und weitere Kürzungen sind nicht ausgeschlossen.

Eine aktuelle Liste der Vorhaben und ihrer Einstufung war nicht erhältlich, doch wurde bekannt, daß der Sektor Transport und Telekommunikation am stärksten von den Einsparungen betroffen ist. Hier sollen nur noch 88 (ur-

sprünglich 100) Projekte mit einem Aufwand von 1.973,3 (2.771,4) Mrd. NT\$ realisiert werden. Für die Entwicklung des Energiesektors veranschlagt der CEPD in seinem Zwischenbericht jetzt 596,3 (999,8) Mrd. NT\$. Die Mittel für Vorhaben im Umweltschutz sollen um 8% auf 266,8 Mrd. NT\$ gekürzt werden. Demgegenüber plant die Behörde für Vorhaben des Städte- und Wohnungsbaus nunmehr 1.110,7 (931,2) Mrd. NT\$ ein.

Der Hauptgrund für die starken Kürzungen im Transportsektor ist, daß zahlreiche Vorhaben im Zeitplan weit zurückliegen. Verantwortlich hierfür sind u.a. Probleme bei der Landbeschaffung, die Arbeitskräfteknappheit und Verzögerungen im Parlament bei der Genehmigung von Mitteln.

Als Folge hat der CEPD die Laufzeit der Pläne teilweise bis ins nächste Jahrhundert verlängert. Der zweite Central-Southern Freeway soll z.B. statt 1998 nun erst im Jahre 2003 fertig sein.

Revidiert wurden auch die Zeitpläne für die Nahschnellverkehrssysteme in Taipei und Kaohsiung, für die Westküsten-Autobahn, die Autobahn zwischen Taipei und Ilan sowie für den Ost-West-Express-Highway. (NfA, 26.7.93; vgl. auch LHB, 4. und 10.7.93) -ni-

Hongkong und Macau

*(37)

Politisches Aprilwetter bei den sino-britischen Verhandlungen über Hongkong hält an

Im Berichtsmonat wurde zwischen London und Beijing weiter intensiv über Hongkong verhandelt; doch trotz einer verbesserten Atmosphäre ist noch kein Zeichen einer Einigung über die Zusammensetzung des vor der Übergabe an China (1997) letzten Legislativrats (Parlament) der britischen Kolonie in Sicht. Wie berichtet (C.a. Oktober 1992, Ü 42, S. 706 f.) hatte Gouverneur Chris Patten am 7. Oktober des vergangenen Jahres in seinem Regierungsbericht eine Novellierung des Wahlgesetzes angekündigt, wodurch die Anzahl der direkt gewählten